



preussischen Regierung und der Reichsregierung herstellen, indem man die preussische Regierung beseitigt und die preussische Exekutive der Reichsregierung in die Hand gibt. Mit anderen Worten: Die Reichsregierung soll verfassungsrechtlich dieselbe Stellung erhalten, die einst der Kaiser inne hatte, der zugleich König von Preussen war. Die Autorität der Reichsregierung gegenüber den Ländern soll ihr Schwergewicht künftighin nicht mehr darin finden, dass sie eine Regierung ist, die vom ganzen deutschen Volke getragen wird, sondern in der Wucht und der Drohung, die in der Beherrschung der preussischen Exekutive liegt.

Das Kabinett der Barone will Preussen erobern! Es will selbstverständlich nicht das neue Preussen mit seinen freiheitlichen Einrichtungen, mit der sozialen Tendenz, wie sie nach der Revolution herausgebildet worden ist. Es will daraus wieder das Preussen des Dreiklassenwahlrechts und des Herrenhauses machen. Die Herrschaft der Grossgrundbesitzer und der Grossindustriellen, wie sie jetzt im Reiche errichtet ist, soll in Preussen verankert werden. Im Kaiserreich lastete über Preussen, jeden Fortschritt und jede freiheitliche Entwicklung hemmend, das Herrenhaus der Junkerkaste. Nach dieser Reichsreform soll über Preussen anstelle des Herrenhauses die Reichsregierung der Barone wuchten in der reaktionären Tendenz und in der klassenmässigen Grundlage ist dabei kein Unterschied! Es sind dieselben Kräfte, die damals im Herrenhaus sasssen und die heute das Kabinett der Barone tragen! Die Herrschaft der Junker und der Schlotbarone soll in Preussen aufs neue stabilisiert werden wie ein Röcher de bronze. Wie nach 1848 soll Preussen der Helm sein, der Deutschland überschattet und der auch dort die Kräfte der Freiheit und der Demokratie niederdrückt, wo sie sich wie in Süddeutschland von jeher freier geregt haben! Die Zugeständnisse, die jetzt das Kabinett der Barone den süddeutschen Ländern in der Richtung einer Auflockerung des Verhältnisses der Länder zum Reich macht, sind zunächst nur der Kaufpreis dafür, dass der Angriff auf Preussen vom Reich aus von Süddeutschland nicht gestört werden soll. Aber die Spuren des wilhelminischen Regimes sollten abschreckend wirken!

Wenn das Kabinett der Barone solche Pläne verfolgt, so muss mit umso grösserer Energie verlangt werden, dass dem verfassungsmässigen Recht des Volkes auf die Reichstagswahl innerhalb zwingend vorgesehener Frist kein Abtrag erfolgt! Wenn die Reaktion der Krautjunker und Schlotbarone so reaktionäre Pläne verfolgt, und wenn ihr reaktionärer Uebermut und ihre Machtgier keine Grenzen kennen, dann muss erst recht dieser Machtgier bei den kommenden Reichstagswahlen jede Grundlage entzogen werden. Die Abrechnung mit den reaktionären Klasse muss vernichtend werden!

SPD. New York, 16. September (Eig. Ber.)  
Der Kongress der amerikanischen Kriegsveteranen hat von der Regierung die sofortige Auszahlung von 2300 Millionen Dollar Kriegsrenten verlangt. Ein weiterer Beschluss richtet sich gegen das Alkoholverbot, das rückgängig gemacht werden soll.

Die beiden Beschlüsse sind angesichts der bevorstehenden Neuwahl des Präsidenten überaus bedeutsam. Hoover ist Anhänger der Prohibitions-gesetze und Gegner der Rentenauszahlung. Roosevelt, Kandidat der Demokraten, ist für die Aufhebung des Alkoholverbotes und sucht in der Frage der Kriegsrenten eine Kompromisslösung, sodass die Beschlüsse des Kongresses der Kriegsteilnehmer einer Wahlaufforderung für Roosevelt gleichkommen. Hoovers Aussichten haben sich dadurch verschlechtert.

SPD. In einigen bürgerlichen Blättern sind in den letzten Tagen gegen die Führung der Sozialdemokratischen Partei und zwar insbesondere gegen Otto Wels gewisse Vorwürfe erhoben worden, gegen die sich das sozialdemokratische Diskussionsorgan "Das Freie Wort" in seiner neuesten Ausgabe mit Feststellungen wendet, die wir nach unserer Kenntnis der Dinge nur unterstreichen können. "Das Freie Wort" schreibt :

"Es muss einmal ausgesprochen werden, dass die Gründung des Reichsbanners und der Eisernen Front, ebenso wie die Anwendung der neuen Wahlkampfmethoden und das jetzt in Fluss gebrachte Volksbegehren in erster Reihe auf die Initiative von Otto Wels zurückgehen und dass wegen seiner starken Zurückhaltung und persönlichen Bescheidenheit ausserhalb der Partei stehende Leute gar keine Ahnung haben können, was Otto Wels für die deutsche Sozialdemokratie bedeutet und leistet. Bei aller Geringschätzung, die wir den Herren vom "Tagebuch" auch sonst entgegenbringen, wollen wir in diesem Falle zu ihren Gunsten annehmen, dass sie angelogen worden sind. Denn ein solches Mass von Entstellung der Wahrheit wie in den jetzigen Aufsätzen der Boulevard-Zeitschriften über "Führerkrise" und "Konflikte" in der Sozialdemokratie trauen wir doch nicht ohne weiteres Menschen zu. Selbstverständlich bietet dieses ganze unwahre Geschwätz allen Feinden der Demokratie, insbesondere den Nationalsozialisten, den schönsten Rohstoff für ihre Verleumdungen. Im "Angriff" des Herrn Joseph Goebbels kann man jetzt schon lesen, dass Paul Löbe als Führer einer neuen Linken, die mit den Kommunisten zusammengehen wolle, in der Reichstagsfraktion Breitscheid besiegt hätte!

Genau wie bei den neulichen Meldungen über heftige Zusammenstösse in der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion, handelt es sich bei all dem um ausgesuchten Unsinn und totale Unwahrheiten. Trotzdem darf man die Gefahr nicht verkennen, die durch das systematische Ausstreuen derartiger Lügen entsteht: sie suchen systematisch das Vertrauen der Wählermassen zur Partei zu zerstören. Jeder Parteigenosse hat die Pflicht, dieser in Form wohlmeinender Ratschläge gehaltenen antisozialistischen Propaganda genau so scharf entgegenzutreten wie den Verleumdungsmethoden der Nationalsozialisten."

+ + +

Die Art der Angriffe gegen Otto Wels lässt im übrigen deren Urheber deutlich erkennen. Das letzte Wort über seine Verunglimpfungen, die ausschliesslich persönlichen Charakter tragen, ist noch nicht gesprochen.

-----

SPD. München, 16. September (Eig. Dr.)

Die bayerische Regierung wendet sich in einem Dementi gegen Gerüchte, die von einem Kuhhandel zwischen ihr und der Papen-Regierung hinsichtlich der Reichsreform wissen wollen. Diesen Gerüchten zufolge soll der zum Gelegenheitskurier für die Süddeutschen Länder ernannte Freiherr von Lersner, der zurzeit in München weilt, dem bayerischen Ministerpräsidenten folgendes Angebot gemacht haben:

Schon in nächster Zeit würde eine völlige Personalunion zwischender Reichsregierung und der preussischen Regierung hergestellt und darüber hinaus auch die preussische Verwaltung mit der Reichsverwaltung vereinigt. Die preussischen Provinzen sollen die Form sogenannter Reichsländer erhalten; Bayern, Württemberg, Baden und Sachsen dagegen als Länder alter Ordnung mit verstärkter Selbständigkeit bestehen bleiben. Zu diesem Zwecke würden ihnen wesentliche Teile ihrer früheren finanziellen Selbständigkeit vom Reich zurückgegeben. Diesem angeblichen Angebot setzt die zuständige bayerische Stelle ein

energisches Dementi entgegen. Freiherr von Lersner habe dem Ministerpräsidenten lediglich einen Höflichkeitsbesuch abgestattet, Dabei sei keinerlei sachliche Unterhaltung über das Problem der Reichsreform gepflogen worden. Dem angeblichen Plan der Reichsreform stehe die bayerische Regierung nach wie vor ablehnend gegenüber. Im besonderen verwerfe sie grundsätzlich eine Totalfusion Preussens mit dem Reich. Nach ihrer Auffassung genüge es zur Beseitigung des sogenannten Dualismus zwischen Preussen und dem Reich vollständig, wenn eine Personalunion in der Richtung verschiedener Ministerien herbeigeführt werde. Eine Entstaatlichung Preussens beschwöre nach ihrer Ansicht die Gefahr herauf, dass sich im Norden ein völlig einheitlicher staatlicher Block bilde, dessen Macht innerhalb des Reiches bald so gross sein müsste, dass die süddeutschen Länder darin aufgingen und dadurch die Unitarisierung des Reiches vollendet wäre. Dagegen wehre sich Bayern mit allen ihm zu Gebote stehenden Mitteln.

+                    +                    +

Soweit die bayerische Regierung. Die Reichsregierung hat den Meldungen bisher kein Dementi entgegengesetzt! Ein Zeichen, dass die Pläne bestehen!

-----

SPD. In der Nazipartei beginnt es allem Anschein nach zu dämmern. Hitler hat bereits fünf SA-Stämme wegen Rebellion ausschliessen müssen, weil sie den Kuhhandel mit der "schwarzen Pest" nicht verstehen wollten.

Schlimmer noch als diese Ausschlüsse wirken jedoch die zahllosen Austritt aus der SA und aus der NSDAP. Der scheussliche Mord von Potemka und die Solidaritätserklärung der Nazi-Leitung mit den Mördern hat vielen Arbeitermitgliedern der Hitlerpartei ebenso die Augen geöffnet wie jenen selbstlosen Idealisten, die in ihr das Heil sahen und dafür ihren letzten Groschen geopfert haben. Wie grosse diese Enttäuschung der Idealisten ist, zeigt ein in Berlin erscheinendes Nazi-Oppositionsblatt, das gegenwärtig reissenden Absatz findet. Die Herausgeber sind ehemalige Redakteure und Reichsredner der Nazipartei, die angewidert vom Treiben der Osafs aus den Braunen Häusern geflohen sind. In der jüngsten Ausgabe haben sich die Oppositionellen Nazi-Goebbels aufs Korn genommen. Wörtlich ist in dem Artikel zu lesen:

"Herr Dr. Goebbels stellt sich auf die Seite des Volkes und will der Spitzenreiter im Kampfe gegen die "feinen Leute im Zylinder und Gehrock" sein. Als echter nationalsozialistischer Führer wäre das eine Selbstverständlichkeit. In der Praxis hat dieser Herr jedoch sehr grossen Wert darauf gelegt, im "Nationalen Klub", eben in den Kreisen dieser "feinen Leute" (Kaiserin Hermine gesellschaftsfähig zu sein. Nach seiner Heirat hatte er das unbezähmbare Bedürfnis, im Salon der Exzellenz Dircksen seine Frau der Kronprinzessin vorstellen zu lassen.... Als die jetzt so mit Zornesworten bedachten "Kavaliere des Herrenklubs" die 5. Notverordnung herausbrachten, da wetterte ebenfalls der gleiche Dr. Goebbels gegen diese im "Angriff". In einem Rundschreiben der Reichspropaganda-Abteilung, die dem gleichen Dr. Goebbels untersteht, erhielt ich zu der gleichen Zeit als Reichsredner die strikte Anweisung, die Regierung von Papen nicht anzugreifen! Ich habe diese Anweisung nicht befolgt, was alle Besucher meiner Versammlungen bestätigen können. Ich hatte aber wieder einen weiteren Beweis mehr von den unglaublichen Lügenkünsten dieses Dr. Goebbels in Händen. Meisterhaft hat es Goebbels verstanden, in all den Jahren des Kampfes den unbekanntem SA- und ZO-Mann treppauf und treppab zum Sammeln unter das Volk zu schicken. In der gleichen Zeit, Herr Dr. Goebbels, wo die Kämpfer in der Bewegung geopfert und nochmals geopfert haben, da haben Sie noch vor der Hochzeit nach den Entwürfen des Professors Schultze, Naumburg, Ihre Wohnung so feudal einrichten lassen, dass viele der "feinen Leute" vor Reid erblassen würden. Wieviel hat die Einrichtung gekostet? Waren es 32 000 oder 50 000 Mark? Dieses Geld, Herr Dr. Goebbels, stammt aus Büchern, Zei-

tungen und Versammlungen, die von den "unbekannten Kämpfern" vertrieben oder besucht wurden!

In einer Funktionärversammlung in der "Neuen Welt", nach dem ersten Wahlgang der Reichspräsidentenwahl, forderten Sie, Herr Dr. Goebbels, die schon ausgebluteten Amtswalter zu einer neuen Opferspende auf. Ein einfacher Arbeiter zog in Ermangelung von Geld seinen Trauring vom Finger. Im "Angriff" wurden einige Tage später die Gold- und Silbersachen, die Idealisten zur Finanzierung des Kampfes geopfert hatten, im Bilde gebracht. Haben Sie, Herr Dr. Goebbels, nen mit Blattgold belegten Prunk-Kronleuchter ebenfalls geopfert, den Sie anlässlich eines Besuches den alten Standartenführern vorführten? Sagen Sie einmal den "unbekannten Kämpfern", ob derselbe 9000 oder 12 000 Mark gekostet hat. Die Bewegung, Herr Dr. Goebbels, für die mancher Idealist das Letzte hergegeben hat, war Ihnen Mittel zum Zweck, um ein Privatleben nach den Allüren der "feinen Leute" mit hundertpfertigem Mercedeswagen usw. zu führen."

Wir zweifeln, dass der maul- und fingerfertige Held Goebbels eine Antwort auf diese Wahrheiten finden wird. Diesmal bleibt dem Schimpfbold sicher die Spucke weg.

-----  
SPD. Stettin, 16. September (Eig. Dr.)

Das Stettiner Schöffengericht hat unter Vorsitz des Landgerichtsrats Petersen den Redakteur des "Stettiner Volksboten" Karl Krahn zu einer Gefängnisstrafe von neun Monaten verurteilt. Diesem Urteil lagen drei Strafanträge des Oberlandesgerichtspräsidenten Cormann zu Grunde wegen Beleidigung von Stettiner Richtern, die in kritischen Würdigungen einiger Stettiner Urteile bzw. anderer Justizmassnahmen im "Stettiner Volksboten" erblickt werden.

Die Anklage stützte sich vor allem auf einen Artikel des "Stettiner Volksboten", in dem das Urteil der Stettiner Strafkammer gegen den Nazistudenten Lohmann in scharfer Weise kritisiert worden war. Lohmann war vor ungefähr Jahresfrist wegen Verächtlichmachung der Republik und gemeiner Beschimpfung und Beleidigung der Sozialdemokraten Grzesinski und Hilferding zu sechs Monaten Gefängnis verurteilt worden. Die Stettiner Strafkammer als Berufungsinstanz hatte dieses Urteil jedoch in eine geringe Geldstrafe umgewandelt. Daraufhin hatte der "Stettiner Volksbote" seine Empörung darüber zum Ausdruck gebracht, mit welchem Masstabe die Justiz die persönliche Ehre sozialdemokratischer Minister behandelt.

-----  
SPD. Der Absagebrief der Reichsregierung an die Abrüstungskonferenz ist am Donnerstag dem Präsidenten der Konferenz, Henderson, zur Kenntnis gebracht worden. Der Brief lautet :

"In den Verhandlungen der Generalkommission, die der Annahme der Resolution vom 23. Juli d. J. vorausgingen, hat der Führer der Deutschen Delegation die Gründe dargelegt, aus denen die Deutsche Regierung diese Resolution ablehnen musste. Er hat dabei ausgeführt, dass nach dem Stande der Konferenzverhandlungen die Frage der Gleichberechtigung der entwaffneten Staaten nicht mehr länger ohne Lösung bleiben dürfe. Dementsprechend hat er bei diesem Anlass die Erklärung abgegeben, dass sich die Deutsche Regierung an den weiteren Arbeiten der Konferenz nicht beteiligen könne, bevor eine befriedigende Klärung der Frage der Gleichberechtigung Deutschlands erfolgt sei.

Nachdem die Resolution gleichwohl zur Annahme gelangt ist, steht schon jetzt fest, dass die künftige Abrüstungskonvention ausserordentlich weit hinter dem Entwaffnungsregime des Versailler Vertrages zurückbleiben und dass sie sich von diesem hinsichtlich der Art und Weise der Abrüstung wesentlich unterscheiden wird. Damit ist die Frage unmittelbar aktuell geworden, wie es mit

der Anwendung des künftigen Regimes auf Deutschland werden soll. Es liegt auf der Hand, dass ohne Beantwortung dieser Frage eine Regelung der einzelnen konkreten Punkte des Abrüstungsproblems nicht möglich ist.

Nach Ansicht der Deutschen Regierung kann nur eine Lösung in Betracht kommen, die Lösung nämlich, dass alle Staaten in Bezug auf die Abrüstung denselben Regeln und Grundsätzen unterworfen werden und dass für keinen Staat ein diskriminierendes Ausnahmeregime gilt. Es kann Deutschland nicht zugemutet werden, an den Verhandlungen über die in der Konvention festzulegenden Abrüstungsmassnahmen teilzunehmen, solange nicht feststeht, dass die gefundenen Lösungen auch auf Deutschland Anwendung finden sollen.

Um diese Voraussetzung für ihre weitere Mitarbeit in der Konferenz so schnell als möglich zu verwirklichen, hat sich die Deutsche Regierung inzwischen bemüht, eine Klärung der Frage der Gleichberechtigung auf diplomatischem Wege herbeizuführen. Leider muss festgestellt werden, dass die deutschen Bemühungen bisher zu keinem befriedigenden Ergebnis geführt haben. Unter diesen Umständen sehe ich mich zu meinem Bedauern genötigt, Sie davon in Kenntnis zu setzen, dass die Deutsche Regierung der Einladung zu der am 21. September d. J. beginnenden Tagung des Büros der Konferenz nicht Folge leisten kann.

Die Deutsche Regierung ist nach wie vor der Ueberzeugung, dass eine radikale Durchführung der allgemeinen Abrüstung im Interesse der Sicherung des Friedens dringend geboten ist. Sie wird die Arbeiten der Konferenz mit Interesse verfolgen und sich je nach deren Verlauf über ihr weiteres Verhalten schlüssig werden."

Ueber die weitere Behandlung der Frage der Gleichberechtigung Deutschlands wird von zuständiger Seite mitgeteilt, dass die Reichsregierung nicht beabsichtigt, die am letzten Sonntag überreichte französische Note schriftlich zu beantworten. Sie bedauert feststellen zu müssen, dass diese Note das Problem der Gleichberechtigung sowohl in seinen Voraussetzungen wie in seinen Folgen unrichtig auffasst und dass sie in keinem wesentlichen Punkte eine Annäherung an den deutschen Standpunkt zeigt, wie er in dem deutschen Memorandum vom 29. August dargelegt wurde. Von einer Fortsetzung des Meinungs-austausches auf dem Wege des Notenwechsels glaubt die Reichsregierung sich keine Förderung der Sache versprechen zu können. Selbstverständlich ist sie aber nach wie vor zu einem Meinungs-austausch auf dem Wege mündlicher diplomatischer Unterhaltungen bereit. Der Reichsaussenminister hat am Freitag den Französischen Botschafter in Berlin empfangen und ihm eine entsprechende Mitteilung gemacht. Im gleichen Sinne sind auch die übrigen Regierungen verständigt worden, die von der Reichsregierung mit der Angelegenheit befasst worden waren.

-----

SPD. Kiel, 16. September (Eig. Drahtb.)

Immer deutlicher erweist sich vor dem Eckernförder Sondergericht gegen die Erstürmer des Gewerkschaftshauses, mit welcher Bestialität die SA-Leute gewütet und zwei Landarbeiter und Gewerkschaftsmitglieder ermordet haben.

Ein Grauen überlief die Zuhörer, als der Polizeiobewachtmeister Nissen am dritten Verhandlungstage eidlich bekundete: "Die SS und SA war nicht zu halten und stürmte an uns vorbei ins Gewerkschaftshaus. Gleich nach dem Sturm kam der Landarbeiter Buhs in gebückter und wankender Haltung aus dem Hause. Die Nationalsozialisten schlugen sofort mit ihren Schulterriemen und Karabinerhaken auf Buhs ein. Buhs stürzte nach einigen Schlägen auf das Gesicht zu Boden. Auch jetzt schlugen die Nationalsozialisten noch auf ihn ein. Er hatte am Kopf eine schwere Wunde, aus der das Blut herausspritzte."

Buhs ist dann nach wenigen Stunden gestorben. Er hatte, als er aus dem Gewerkschaftshaus kam, schon zwei Stichwunden im Rücken. Der Landarbeiter Jessen war Zeuge, wie der zweite Landarbeiterfunktionär Junge erstochen wurde. Jessen befand sich mit Junge im grossen Saal des Gewerkschaftshauses. Er

hatte sich dorthin vor den eindringenden SA- und SS-Leuten zurückgezogen. Ein SA-Mann griff ihn mit einem offenen Dolchmesser an. Jessen konnte diesen Angriff mit einer Schaufel abwehren. Gleich darauf kam Junge in den Saal. Er wurde das Opfer des zweiten Angriffes des SA-Mannes."

Nach diesem Sturm auf das Gewerkschaftshaus, seiner Demolierung und nach dem zweifachen Mord hatten die Bluthunde noch nicht genug. Sie versuchten einen neuen Angriff, wobei, wie aus den Zeugenaussagen hervorgeht, 100 - 150 Nazis mit Koppeln und Waffen in Schützenlinie vorrückten, bis sie von Reichsbanner und Ueberfallkommando in Schach gehalten werden konnten.

-----

SPD. Am Freitag ist bei der Abteilung 109 des Amtsgerichts Berlin-Mitte die angekündigte Privatklage des nationalsozialistischen Reichstagspräsidenten Göring gegen Reichskanzler von Papen wegen Beleidigung durch den Vorwurf des Verfassungsbruchs eingegangen.

Die "aufbauwilligen Kräfte" unter sich!

-----

SPD. Stuttgart, 16. September (Eig. Dr.)

Der Nazipfarrer Ettwein in Cannstadt wurde wegen Verleumdung Erzbergers zu 200 Mark Geldstrafe verurteilt. Der Staatsanwalt hatte drei Monate Gefängnis beantragt.

Ettwein hatte sich in einer Versammlung seiner Partei in sehr gehässiger Weise über Erzberger geäußert, sodass der Staatsanwalt nicht umhin konnte, den Gottesmann am Kragen zu packen. Zwar hatte er versucht, sich so "jesuitisch" auszudrücken, dass er dadurch um eine Bestrafung herumkäme. Dieser Demagogentrick ist ihm jedoch nicht gelungen. Ettwein hatte ausgeführt, Erzberger sei der Unglücksrabe des deutschen Volkes gewesen. Aber was er wirklich gewesen sei, dürfe er nicht sagen, da er sonst gegen das Republikenschutzgesetz verstossen würde. Erzberger sei es ihm aber nicht wert, für inhdrei Wochen ins Gefängnis zu gehen. Heute würden durch das Gesetz ja auch die Lumpen geschützt

Es unterliegt keinem Zweifel, dass es Ettwein darum zu tun war, bei seinen Zuhörern eine gedankliche Verbindung zwischen der Person Erzbergers und dem Wort "Lumpen" herzustellen, auch wenn er ihn nicht selbst unmittelbar als solchen bezeichnete. In diesem Sinne fasste auch der Staatsanwalt die Sache auf, der ausführte, dass es für den Vertreter einer christlichen Religion besonders verwerflich sei, solche Hetzreden zu halten. Er beantragte deshalb, Ettwein unter Versagung mildernder Umstände zu drei Monaten Gefängnis zu verurteilen. Das Gericht glaubte jedoch dem Angeklagten, weil er noch nicht vorbestraft und Erzberger schon lange tot sei, mildernde Umstände zubilligen zu sollen und verurteilte ihn anstelle einer verwirkten Gefängnisstrafe von einem Monat zu 200 Mark Geldstrafe.

-----

SPD. New York, 16. September (Eig. Dr.)

Die bolivianischen Truppen haben nach blutigen Kämpfen das Gran Chacofort Bogado erobert. Die Erstürmer beziffern ihre Verluste auf 500 Tote.

Der amerikanische Vorschlag eines Waffenstillstandes mit zehn Kilometer neutraler Zone zwischen den kämpfenden Heeren, stösst auf den Widerstand der militärischen Führer der beiden kriegführenden Länder.

SPD. Paris, 16. Sept. (Eig.Drahtb.)

Die Zahl der Todesopfer der Eisenbahnkatastrophe in Algerien scheint doch geringer zu sein, als nach den ersten Meldungen anzunehmen war. Die Direktion der französischen Eisenbahngesellschaft hat am Freitag ein Telegramm aus Algerien erhalten, in dem die Zahl der bisher geborgenen Toten mit 39 und die Zahl der Verletzten mit 223, darunter 29 Schwerverletzte, angegeben wird. Außerdem werden 14 Soldaten als vermisst gemeldet. Sie dürften noch unter den Trümmern des Zuges liegen, sodass die Gesamtzahl der Toten 53 betragen dürfte. Die Unglücksstelle ist inzwischen ausgebessert und wieder dem Verkehr übergeben worden.

-----

SPD. Die Zurücknahme des Verbotes der "Berliner Volkszeitung" wird durch die zuständigen Reichsstellen damit erklärt, dass die Regierung nur in dem Vorwurf des Verfassungsbruches eine Beschimpfung erblicke, nicht aber in Ausdrücken wie: "Verstoss gegen die Reichsverfassung" oder "Verletzung der Verfassung".

Die "Volkszeitung" hatte aus dem "Bayerischen Kurier" ein Gutachten des bedeutenden Gelehrten für Verfassungsrecht, Professor Nawiasky, wiedergegeben, indem das Wort "Verfassungsbruch" mit vorgekommen ist. Deshalb wurde der "Bayerische Kurier" nicht verboten und deshalb musste das unberechtigte Verbot der "Berliner Volkszeitung" aufgehoben werden.

Die Regierung hat sich also auf die medizinischen Unterschiede von "Bruch" und "Verletzung" zurückgezogen und damit aus einer für sie sehr peinlichen Angelegenheit. Ihr Spruch scheint aber mehr auf der Mainlinie als auf der Handlinie gelegen zu haben. Wichtig bleibt er trotzdem für die Presse wie für die Redner.

-----

SPD. Frankfurt a.M., 16. Sept. (Eig.Drahtb.)

Am Freitag morgen wurden in Frankfurt sieben Kommunisten festgenommen, die sich in der Nacht zum Freitag an einem unerlaubten kommunistischen Demonstrationzug beteiligt und einen Polizeibeamten geschlagen hatten. Der Polizeibeamte erlitt eine schwere Kopfverletzung.

-----

SPD. Paris, 16. Sept. (Eig.Drahtb.)

Wie die kommunistische "Humanité" meldet, ist der französisch-polnische Militärvertrag, der am 15. September abgelaufen ist, von der französischen Regierung nicht gekündigt worden. Der Verzicht auf die Kündigung bedeutet nach Artikel 11 des Abkommens, dass der Vertrag auf weitere zehn Jahre verlängert werde.

-----

SPD. New York, 16. Sept. (Eig.Drahtb.)

Den chilenischen Regierungstruppen ist es gelungen, das rebellische Fliegerkorps mit ihrem Flugmaterial gefangen zu nehmen. Der Diktator Blanche verspricht die baldige Aufhebung des Belagerungszustandes und Rückkehr zum parlamentarischen System. Die Neuwahlen zum Parlament sind zum 30. Oktober ausgeschrieben.

SPD. Die Papen-Regierung plant einen neuen Burgfrieden, der in der Form eines Demonstrations- und Versammlungsverbots verfügt werden soll. Das Verbot soll vierzehn Tage vor der Wahl aufgehoben werden. In der Zwischenzeit aber will die Reichsregierung, wie zuverlässig verlautet, das Volk mit Rundfunkreden bombardieren.

Also "Burgfrieden" nur für die anderen.....

-----

SPD. New York, 16. September (Eig. Dr.)

Die sozialistische Partei hat ihren Vorsitzenden, Morris Hillquit, als Kandidaten zur Neuwahl des New Yorker Oberbürgermeisters aufgestellt. Die sozialistische Partei erwartet eine starke Zunahme ihrer Wahlstimmen.

-----

SPD. Paris, 16. September (Eig. Drahtb)

Das französische Parlament ist am Freitag-Nachmittag zu einer ausserordentlichen Tagung zusammengetreten, um den Gesetzentwurf über die Konvertierung der Renten zu verabschieden, dessen endgültige Fassung in einem kurz vorher abgehaltenen Ministerrat festgelegt worden war.

Der Gesetzentwurf sieht die Konvertierung sämtlicher Renten, Obligationen und Schatzscheine vor, die zu einem höheren Satz als  $4\frac{1}{2}$  Prozent verzinst werden, da die neuen Renten mit diesem Zinssatz ausgestattet sind. Die zur Konvertierung kommenden Renten stellen ein Kapital von 85 Milliarden Francs dar. Bis zum 1. Januar 1939 dürfen die neuen Renten nicht konvertiert werden. Die Titelinhaber müssen sich innerhalb von sechs Tagen nach der Verkündung des Gesetzes entscheiden, ob sie die neuen Renten annehmen oder die Einlösung ihrer Titel verlangen. Die Verzinsung der Renten beginnt am 1. November, ihre Tilgung soll innerhalb 75 Jahren erfolgen. Für die Kleinrentner, die durch die Entwertung des Franc bereits schwer geschädigt wurden, sind Vergünstigungen vorgesehen. Die Inhaber müssen aber mindestens 60 Jahre alt, von der Einkommensteuer befreit sein und ihre Titel vor dem 30. November 1920 erworben haben. Unter diesen Bedingungen werden ihnen die zur Konvertierung kommenden Renten und ausserdem die drei- und vierprozentigen Krieganleihen zum Kurse von 110 Prozent ihres Nominalwertes zurückgekauft und ihnen in entsprechender Höhe Lebensrenten ausgestellt, deren Zinsen nach dem Tarif der Nationalkasse für die Alterspensionen berechnet werden. Dieser Tarif entspricht einer Verzinsung von 11,3 bis 27,2 Prozent je nach dem Alter. Um etwaige Rückzahlungen vornehmen zu können, verlangt die Regierung in dem Gesetzentwurf die Ermächtigung zur Ausgabe neuer Schatzscheine oder sich von der autonomen Tilgungskasse Mittel zur Verfügung stellen zu lassen. Bestimmte Beträge dafür sind jedoch nicht angegeben. Ein der Vorlage angefügter Anhang enthält ein neues Abkommen zwischen der Regierung und der Tilgungskasse über die Ausgabe der Lebensrenten für Kleinrentner.

-----

Schluss des politischen Teils. - Auf Wiederhören

Sonnabend-Vormittag 7 Uhr auf Welle 2850.

# Aus aller Welt

## Nazi-Verleumder vor Gericht.

Blitzlichter aus dem Berliner Polizei-Prozess gegen nationalsozialistische Schwindler - Grzesinski als Zeuge.

SPD. Auf der Moabiter Anklagebank sitzen seit Freitag die Herren Krause und Lippert, zwei Redaktionszierden des Berliner Nazi-Organ. Das Blatt hat Monate hindurch eine Reihe wüster Beschimpfungen und Verleumdungen gegen das Berliner Polizeipräsidium veröffentlicht - nun sollten die Angreifer einmal zeigen, was an der Verleumdungsserie Wahres ist. Die früheren Berliner Polizeichefs Grzesinski und Weiss sind als Nebenkläger zugelassen. Die Klarheit und Sicherheit ihrer Zeugenaussagen stehen in einem krassen Gegensatz zu den feigen Fluchtversuchen der Angeklagten und der jämmerlichen Advokatur, die ihnen, vergeblich, beizustehen bemüht ist.

Der Angeklagte Lippert drapiert sich als Sittlichkeitsapostel; er blickt bei seinen langweilig, kraftlos vorgetragenen Ausführungen traumverloren ins Weite: ein auffallender Gegensatz zu der - übrigens nicht seiner Feder entfloßenen - frechen Sprache, der er in seinem Blatt Raum gewährte. Der 25jährige Lokalredakteur Krause macht einen auffallend unintelligenten Eindruck; er scheint sich seiner geistigen Unzulänglichkeit allerdings auch bewusst zu sein und versucht daher seine durchaus zu Recht bestehenden Minderwertigkeitsgefühle durch eine Frechheit auszugleichen, die stellenweise so gross wird, dass der Staatsanwalt ihm die Ausweisung aus dem Saal androht; schliesslich sieht sich der Vorsitzende zu der Feststellung genötigt; "Das Verhalten der Angeklagten entspricht nicht dem Takt, den man von ihnen als Hüter der öffentlichen Meinung erwarten könnte." Allerdings: es sind Hüter der öffentlichen Gemeinheit.

Die Angeklagten sind nicht nur taktlos, sie sind auch schlechtweg dumm. Ihr Vorwurf, dass Vizepolizeipräsident Dr. Weiss die Macht seiner Stellung im Falle der Erteilung einer Baukonzession zugunsten eines Freundes missbraucht habe, war schon in einer früheren Verhandlung in sich zusammengefallen. Jetzt wollen sie vor allen Dingen beweisen, dass Dr. Weiss gegen eine Reihe von Spielklubs nicht vorgegangen sei, weil er finanziell an ihnen interessiert wäre. Dr. Weiss bemühte sich vergeblich, den Angeklagten klarzumachen, dass ein grosser Unterschied bestehe zwischen gewerblichen Spielunternehmungen, die berufsmässig unwissenden Leuten Geld aus der Tasche ziehen, und vermögenden Privatleuten, die das Recht haben, sich auf jede Weise, die ihnen Spass macht, das Geld untereinander abzunehmen - vorausgesetzt, dass es nicht gewohnheitsmässig und dadurch in gesetzwidriger Weise geschieht. Und wissen die Angeklagten nicht, dass das Glücksspiel auch in den von ihnen sonst so verehrten Offizierskreisen der alten Armee alles andere als unbekannt war?

Auch der als Zeuge vernommene Polizeipräsident Grzesinski trat der Auffassung des Vizepolizeipräsidenten bei. Es könne wirklich nicht die Aufgabe einer grossen Polizei sein, ihre Kräfte in Form von Dauerkontrollen zur Störung des allgemeinen gesellschaftlichen Lebens einzusetzen, sofern nicht dringender Verdacht strafbarer Handlungen bestehe. Darüber, welche Glücks-

spiele verboten und erlaubt seien, sei die Rechtssprechung oftmals ausein-  
andergegangen; die ministeriellen Verfügungen, die sich mit der an sich  
doch nur nebensächlichen Materie befassten, hätten die Möglichkeit speziell  
örtlicher Regelungen nicht ausgeschlossen. Herr Krause darauf: "Das sind  
doch törichte Ausreden."

+  
Immerhin war man gespannt, welchen "Profit" der Polizeivizepräsident  
angeblich aus der Duldung geschlossener Klubs hätte ziehen können. Nachdem  
Dr. Weiss, der zum Kummer der Nazis bis 1925 Mitglied des harmlosen "Theater-  
klubs" war, erklärt hatte, dass private Klubs nach seiner Meinung doch kaum  
Gewinne abwerfen könnten, eventuelle Gewinne aber zur Deckung der hohen  
Spesen dienten, meinte der Angeklagte Krause: "Sie hatten dich in diesem und  
jenem Klub schon zu Mittag gegessen, und das wird dann eben billiger gewesen  
sein als woanders..."

+  
Die Angeklagten werden u.a. von demselben Herrn Rechtsanwalt Sack ver-  
teidigt, der seinerzeit Mitglieder des auf Veranlassung von Dr. Weiss (!) aus-  
gehobenen Klubs "Bühne und Film" verteidigt hat. Man muss es den Nazis las-  
sen, sie holen sich Fachleute. Aber Herr Sack scheint wohl selbst das Lächer-  
liche seiner Situation und seines Frontwechsels zu empfinden. Er ist am  
Hauptverhandlungstage garnicht erst erschienen. Der kluge Mann baut ab.

+  
Der andere Nazianwalt Rechtsanwalt Neumann, ist von der Ahnungslosig-  
keit eines Kindes. Als Dr. Weiss erklärte, dass er seinen Beamten selbst ein-  
mal gezeigt habe, wie Bac überhaupt gespielt werde, schloss Herr Neumann  
daraus scharfsinnig, dass es doch verdächtig sei, dass der Polizeivizepräsi-  
dent solche Übung im Glücksspiel habe. Dr. Weiss darauf: "Ich will Sie nicht  
etwa verulken, Herr Verteidiger, wenn ich Ihnen antworte, dass Baccarat das  
einfachste Spiel der Welt ist, wobei man nichts zu können braucht als bis neun  
zu zählen. Ich verpflichte mich, selbst Ihnen dieses Spiel in einer Minute  
beizubringen."

+  
Der von den Nazis beigebrachte "Hauptbelastungszeuge" war Kommissar  
Greiner vom Spieldezernat der Berliner Kriminalpolizei. Frage des Vertreters  
des Nebenklägers an den Zeugen: "Ist es wahr, Herr Zeuge, dass Sie in der  
vorigen Woche den Vorsitz in einer nationalsozialistischen Beamtenversamm-  
lung geführt haben?" Rechtsanwalt Neumann: "Ich beanstande die Frage." Zeuge  
Greiner in Beantwortung der Frage gleichzeitig: "Jawohl."

Es bleibt dieser freimütigen Antwort noch hinzuzufügen, dass in weiten  
Kreisen der Berliner Polizeibeamtenschaft über diese staatsfeindliche, partei-  
politische Aktivität ihres Kollegen Greiner allgemein grosse Verstimmung  
herrscht.

+  
Greiner war immer für "scharfes Durchgreifen". Nach seiner Meinung hät-  
ten die privaten Spielklubs viel häufiger kontrolliert werden müssen. Er war  
auf diese Verfolgung so eifrig bedacht, dass er sogar "vergass", gegen Weiss  
und Grzesinski vorgebrachte schwerste Verleumdungen an seine Vorgesetzten  
weiterzuleiten... Als ihn der Vorsitzende fragt, ob - im Sinne der "Angriff"-  
Verleumdungen - einzelne der geschlossenen Spiel-Gesellschaften bevorzugt  
behandelt worden wären, gibt er so ausweichende Antworten, dass Landgerichts-  
direktor Löschnern erklärt: "Sie reden um die Wahrheit herum. Ihre Aussagen  
machen einen unglaublichen Eindruck."

Greiner wird im Dritten Reich Karriere machen. Bedauerlich für ihn,  
dass er noch ein bisschen warten muss.

Ego.

+ + +

Fünf Millionen verschoben? Gegen den in Berlin im Verdacht der Effektschiebung festgenommenen ehemaligen Gerichtsassessor Dr. Böhmer, seine Frau und vier weitere Beteiligte wurde Haftbefehl erlassen. Es sollen von Dr. Böhmer und seinen Helfern Effekten im Werte von 5 Millionen Mark auf unzulässige Weise verkauft worden sein. Man kam der Affäre durch einen Zufall auf die Spur. Als Dr. Böhmer im Zusammenhang mit anderen kleineren Effektschiebungen mit dem Leiter eines Berliner Bankhauses konfrontiert wurde, erklärte der Bankier zum Erstaunen der Polizei: "Das ist doch Herr Munnecke, auf dessen Namen, angeblich im Auftrag adeliger Verwandter, Effektenbeträge im Wert von Millionen verkauft worden sind!" Die Polizei stellte rasch fest, dass Dr. Böhmer seine gesetzwidrigen Geschäfte unter Benutzung eines von dem Schriftsteller Munnecke aus Oebisfelde verlorenen Passes durchgeführt hat. Hauptsächlich soll er mit Holland gearbeitet haben.

Wer hat gefälscht? Im Berliner Caro-Petschek-Prozess sprach man am Freitag über eine im Jahre 1930 plötzlich aufgetauchte dritte Reproduktion der Mitgiftquittung. Es handelt sich nach der Aussage von Geheimrat Caro um eine Photographie, die Rechtsanwalt Heine von einem Manne, den Caro nicht kennen will, und Heine nicht nennen darf, gebracht worden sei. Als sich später auf dieser Photographie, die übrigens nicht mehr existiert, ein weisser Fleck herausstellte, der weder auf der Originalquittung noch auf den ersten beiden Reproduktionen gewesen sei, will Caro sehr misstrauisch geworden sein. Caro deutete weiter an, dass er aufgrund verschiedener Gutachten bekannter Gerichtschemiker Anlass zu der Annahme habe, dass es sich hier um die Reproduktion einer solchen Fälschung handle, wie sie die Petschek-Partei ihm zur Last lege. Weitere Zeugenvernehmungen sollen nun ergeben, ob Geheimrat Caro mit seinem Verdacht Recht hat.

Raubüberfall. In der Ferdinandstrasse in Hamburg überfielen am Freitag Mittag zwei Banditen einen Kassenboten und entrissen ihm eine Aktenmappe mit 3 000 Mark Inhalt. Die Verbrecher flüchteten in einem Auto. Polizei und Passanten nahmen die Verfolgung auf: es entwickelte sich eine Schiesserei, bei der zwei Personen verletzt wurden. Die Täter entkamen.

Urteil in Paderborn. Im Paderborner Mordprozess wurde der Angeklagte 26jährige jüdische Schlächter Kurt Meyer wegen vorsätzlichen Totschlages zu 15 Jahren Zuchthaus verurteilt. Der Staatsanwalt hatte auf Todesstrafe plädiert.

Erst unter der Wucht der gegen ihn gerichteten Sachverständigen Gutachten hat der Angeklagte ein volles Geständnis abgelegt. Er hat an der von ihm geschwängerten 19jährigen Martha Kasper keine Abtreibung vorgenommen, sondern hat das junge Mädchen mit einer Schute im Stall erschlagen. Um die Spuren seines Verbrechens dann unauffällig beseitigen zu können, hat er den Leichnam zerstückelt. Auf die Frage des Vorsitzenden, wo das Blut geblieben sei, antwortete ein Sachverständiger, dass der Tod nicht infolge Verblutung, sondern durch die Schädelverletzung eingetreten sei. Ein Ritualmord komme nicht in Frage.

Der wohltätige Dieb. In der cubanischen Stadt Colon warf ein Mann Tausende von Dollarscheinen unter die Strassenpassanten. Das Publikum interessierte sich sehr für das Geld, die Polizei - für den Werfer: sie nahm ihn fest, da der Schatz aus einem Bankdiebstahl herrührte.

# Gewerkschaftliche Rundschau ✘

## Mordhetze der KPD.

---

SPD. Im Ruhrbergbau stehen schwierige Schlichtungsverhandlungen bevor. Die Tarifparteien sind vom Schlichter zu Sonnabend, den 24. September nach Essen zu Verhandlungen über den Lohn- und Arbeitszeitstreit geladen. Der Ausgang des Arbeitskonflikts an der Ruhr dürfte mindestens psychologisch für den Verlauf der in Kürze sich überall häufenden Tarifkonflikte bedeutsam sein. Diese Konflikte können für die Arbeiterschaft nur dann zu einem guten Ende gebracht werden, wenn sie möglichst geschlossen auftritt. Zusammenhalt ist jetzt, wo das Unternehmertum drauf und dran ist, das Tarifrecht zu zerbrechen, für die Arbeiter das Gebot der Stunde. Was machen aber die Kommunisten?

Schon im Mai hat im Ruhrgebiet die kommunistische Presse wochenlang die Gewerkschaftsführer des Lohnraubs durch Geheimverhandlungen und des Arbeiterverrats bezichtigt. Und das ohne jeden Grund; denn damals gelang es den Gewerkschaften, die Lohnsenkungspläne des Zechenverbandes restlos abzuwehren. Den neuen Tarifkonflikt nimmt nun die kommunistische Ruhrpresse ebenfalls zum Anlass, um die Gewerkschaften und ihre Funktionäre in der niederträchtigsten Art zu verleumden. Wieder redet sie täglich von Geheimabkommen, Lohnabbau und Arbeiterverrat, obwohl noch kein Mensch weiss, wie der Tarifkonflikt verlaufen und das Ergebnis der Verhandlungen aussehen wird. Neuerdings steigert die kommunistische Presse des Ruhrgebietes ihre Angriffe gegen die Gewerkschaftsführer sogar zu einer förmlichen Mordhetze. So brachte sie dieser Tage einen Artikel mit einem Bild von Husemann, dem Vorsitzenden des Bergarbeiterverbandes, worin diesem schändliche Verratspolitik vorgeworfen wird. Es wird in dem Artikel davon gesprochen, den Gewerkschaftsbürokraten sei das Kainszeichen des Verrats und der brutalsten Niedertrampelpung der Arbeiterinteressen an die Stirn gedrückt. Mit dieser niederträchtigen Beschimpfung versuchen die Kommunisten die darbenenden Bergarbeiter gegen die Gewerkschaften und ihre Funktionäre aufzuhetzen.

Ein grösseres Verbrechen gegen die Arbeiterbewegung ist kaum denkbar. Ausgerechnet jetzt, wo die Arbeiterschaft mit aller Kraft ihre sozialen Errungenschaften gegen eine Welt von Feinden verteidigen muss und einen heroischen Kampf gegen die von Hitler an die Macht gebrachte Reaktion führt - ausgerechnet in dieser schweren Zeit wissen die KPD-Führer nichts besseres zu tun, als eine Mordhetze gegen die freigewerkschaftlichen Führer zu entfesseln. Diese schmachliche Rolle der kommunistischen Strategen lässt sich nur daraus erklären, dass sie organisatorisch völlig abgewirtschaftet haben. Weil sie nicht mehr weiter wissen, haben sie allem Anschein nach von Moskau aus von neuem die Parole erhalten, unter allen Umständen Unruhen zu entfesseln.

---

SPD. Der Vorstand des IGB. beschäftigte sich am Freitag im Fortgang seiner Berliner Beratungen vor allem mit den gewerkschaftlichen Jugend- und Bildungsfragen. Der Entwurf eines internationalen Schul- und Bildungsprogramms wurde eingehend erörtert und ebenso die Frage, ob die Schaffung einer

Arbeiterbildungs-Internationale, die sich auch mit dem Film zu befassen hätte, zweckmässig ist. Das Sekretariat des IGB, wird bei den Landeszentralen zunächst jedoch eine Umfrage über die bestehenden Bildungsorganisationen der Arbeiterklasse veranstalten.

Die Aussprache über die sozialpolitischen Richtlinien führte zur endgültigen Fassung des sozialpolitischen Programms, das nunmehr den Landeszentralen als Kongressunterlage für Brüssel zur Stellungnahme zugeht,

Die Besprechungen des IGB-Vorstandes kommen erst Sonnabend zum Abschluss.

-----

SPD. In Schweden haben die Agrarier einen Vorstoss gegen die Tarifposition der Landarbeiter unternommen. Eine grössere Gruppe von Landeigentümern wollte ein neues Lohnsystem einführen, das ein festes Grundgehalt und eine von der landwirtschaftlichen Konjunktur abhängige Zulage vorsieht. Darüber hinaus war auch eine scharfe Lohnkürzung gefordert worden. Die Verhandlungen mit den Landarbeitervertretern um die Erneuerung des demnächst ablaufenden Arbeitszeitvertrages für ca. 20 000 Arbeitskräfte sind gescheitert. Neuerdings versuchen die Arbeitgeber einzulenken. Sie wollen sich mit einer geringeren Lohnkürzung zufrieden geben und auf ihre Vorschläge zur Abänderung des Lohnsystems verzichten. Die Landarbeiter bestehen jedoch auf ungeschmälerter Beibehaltung des bisherigen Lohns.

-----

SPD. Seit einigen Tagen tauchen immer wieder Gerüchte auf, wonach die Reichsregierung die Absicht habe, die Gewerkschaften aufzulösen. Die zuständigen Stellen erklären, diese Gerüchte seien so phantastisch, dass man sie nicht erst zu dementieren brauche.

"Der Deutsche", die Tageszeitung der christlichen Gewerkschaften, bemerkt dazu, dass im "Kaiserhof" ein engerer Kreis von "Wirtschaftsführern" sich mit den Gewerkschaften eingehend beschäftigt habe. "Dabei", so betonte der "Deutsche", "sollen eben die Tendenzen zutage getreten sein, die autoritäre Regierung Papen, die Notverordnung, den Einbruch in das Tarifrecht, die Ermächtigung zum Eingriff in die Sozialversicherung usw. dazu zu benutzen, um die Existenzbasis der Gewerkschaften zu zertrümmern und auf diesem Wege zu einer Beseitigung der Gewerkschaften zu kommen."

Dass die Scharfmacher jetzt, wo sie den Kurs bestimmen, gern auf die Ganze gehen möchten, ist mehr als wahrscheinlich. Ein Angriff auf die Existenz der Gewerkschaften wäre aber trotz der aus der Krise den Organisationen erwachsenen Schwirigkeiten ein sehr gefährliches Unterfangen.

-----

SPD. In der westsächsischen Textilindustrie ist der Generalangriff der Unternehmer auf den Lohn in der Hauptsache abgeschlagen. Es kam eine freie Vereinbarung zustande, wonach die bisherigen Löhne mit einigen Abänderungen für gewisse Branchen wieder in Kraft gesetzt wurden. Das neue Abkommen läuft bis 31. Januar des nächsten Jahres.

## Bitterer Zucker.

Wie die Nazis den Zuckerpreis senken wollen.

SPD. Die Nazis suchen den schlechten Eindruck, den sie mit ihrem Eintreten für die Margarinesteuer machen, dadurch zu verwischen, dass sie die Herabsetzung des Zuckerpreises fordern. Damit greift die nationalsozialistische Partei eine alte Forderung der Sozialdemokratie auf.

Dass der Zuckerpreis in Deutschland überhöht ist, versteht sich von selbst. Wir haben in Deutschland verteuert teuren Zucker. Wir bezahlen für den Zucker mehr als das Sechsfache des Zuckerpreises auf dem Weltmarkt. Der deutsche Zuckerpreis setzt sich wie folgt zusammen:

Gesetzlicher Höchstpreis	Mk. 21,50
Steuer	" 10,50
Sack usw.	" 0,50
<u>Gesamtpreis für Zucker pro Zentner</u>	<u>Mk. 32,50</u>

Der Weltmarktzuckerpreis dürfte dagegen etwa 5.-- Mark betragen. Dass bei dieser Uebersteigerung des Zuckerpreises in Deutschland der Verbrauch zurückgehen muss, kann nicht Wunder nehmen. Im laufenden Jahre liegt der Zuckerkonsum um etwa 16% unter dem Stand des Vorjahres. Das sind die Folgen einer überspitzten Preispolitik.

Überhöht ist zweifellos die Zuckersteuer mit über 10 Mark pro Zentner. Eine solche Steuer muss sich volkswirtschaftlich schädlich auswirken. Die Sozialdemokratie hat das seit Jahren betont.

Aber die überspitzte Steuer ist nicht allein schuld. In unserer Aufstellung spielt der gesetzliche Zuckerhöchstpreis von 21,50 Mark pro Zentner eine gewichtige Rolle. Der gesetzliche Zuckerhöchstpreis in Deutschland ist vier mal so hoch als der Weltmarktpreis. In diesem überhöhten Zuckerhöchstpreis stellen sich die Auswirkungen einer bedenklichen Liebesgabenpolitik, aber auch die Folgen des Kartellunfugs dar.

Gegen die Proteste und gegen die Warnungen der Sozialdemokratie haben die bürgerlichen Parteien geglaubt, den Zuckerhöchstpreis möglichst hoch halten zu müssen. Die Zuckerindustrie selbst, die in Deutschland ein geschlossenes Kartell bildet, hat den Zuckerhöchstpreis nach aussen hin stark untermauert. Sie gehört einmal dem internationalen Zuckerkartell an; das andere genießt sie in Deutschland einen Zollschutz von rund 18 Mark pro Zentner. Der Zollschutz ist also fast 4 mal so hoch als der Weltmarktpreis für Zucker. Dieser Zoll muss prohibitiv wirken und unterbindet die Zuckereinfuhr nach Deutschland. Im Zuckerpreis haben wir einen Kartellpreis, einen Kartellunfug, einen Missbrauch wirtschaftlicher Machtstellung, wie er im Buche steht.

Die Sozialdemokratie fordert nun eine Ermässigung der Zuckersteuer und eine Heruntersetzung des gesetzlichen Höchstpreises. Anders kann man den Zuckerpreis nicht ermässigen.

Die Nationalsozialisten fordern die Aufhebung der Zuckersteuer, als Ausgleich für die Einführung der Margarinesteuer. Dass die breiten Massen durch diesen Wechsel nicht entlastet, sondern noch mehr belastet werden,

das verschweigen die Nazis. Der Kleinhandelspreis für Zucker dürfte gegenwärtig 36 Pfennig für das Pfund betragen. Der Handel begnügt sich beim Zucker mit einem überraschend kleinen Aufschlag. Würde man die Steuer völlig streichen, so könnte sich der Zuckerpreis höchstens auf 26 Pfennig pro Pfund ermässigen, während der Margarinepreis nach den Projekten der Nazis auf 1 Mark steigen müsste. Führt man die Pläne der Nazis durch, dann tritt beim Zucker keine hinreichende Verbilligung ein. Dagegen müssten die breiten Massen eine wesentliche Verteuerung des Fetts, der Margarine in Kauf nehmen. Also ein schlechtes Geschäft für die Konsumenten.

Der Zuckerpreis kann nur durch gleichzeitige Senkung des Höchstpreises und der Steuer so hinreichend gesenkt werden, dass die Zuckerwirtschaft die wünschenswerte Belebung erfährt. Dafür setzen sich die Nazis aber nicht ein. Ueber die Notwendigkeit, den übersteigerten gesetzlichen Zuckerhöchstpreis zu senken, schweigen sie sich aus. Damit würden sie ihre grossagrarisches Freunde vor den Kopf stossen! Damit würden sie ihren grossagrarisches Wählern Opfer zumuten!

Solange aber die Nazis den Zuckerhöchstpreis nicht antasten, sondern überhöht halten wollen, ist ihre Forderung nach Ermässigung des Zuckerpreises Betrug und Schwindel.

-----

SPD. Der Gesamtverband deutscher Baumwollwebereien teilt mit, dass sich das Geschäft infolge Steigerung der Baumwollpreise bemerkbar belebt habe. Bei den steigenden Aufträgen handle es sich jedoch um Meinungskäufe. Eine Belebung von der Seite des Konsums - woher sollte sie auch im Zeichen fortwährenden Lohnabbaus kommen (Red.) - könnte bisher noch nicht festgestellt werden.

Im übrigen kündigte der genannte Verband weitere Preissteigerungen an. Selbst wenn der Baumwollpreis sich auf dem derzeitigen Stand stabilisieren sollte, könnte die gegenwärtige Preisbasis für Halb- und Fertigfabrikate für längere Zeit nicht mehr bestehen bleiben.

Wir sind es schon gewohnt, dass in Deutschland jede Belebung der Konjunktur durch Preissteigerungen totgeschlagen wird.

-----

SPD. Die Freitagbörse schloss in Berlin mit abgeschwächten Kursen nach einer vorübergehenden Belebung. Die Dinge scheinen so zu liegen, dass die Spekulation während der Börse stärker ins Geschäft gestiegen ist. Im grossen und ganzen erhält die Börse durch Stütze, dass wenig Ware auf den Markt kommt. Das Publikum, das seine Effekten bar bezahlt hat, hält die Papiere fest und will unter keinen Umständen mit Verlust verkaufen. Ausserdem wirken die neuen Preissteigerungen an den Rohstoffmärkten nach.

Der Rentenmarkt lag besser. Besonders gilt das für Stadtanleihen. Die Bewegung wird wahrscheinlich dadurch verursacht, dass man nicht mehr an eine allgemeine Zinssenkung glaubt, sondern darauf tippt, dass es die Regierung bei einer individuellen Regelung bewenden lässt.

Am Aktienmarkt lagen besonders rheinisch-westfälische Montanwerte fest, unter Führung von Gelsenkirchen, in dessen Papieren zweifellos Interessentenkäufe stattfinden. Polyphon Aktien konnten, auf das Gerücht einer Fusion mit Telefunken hin, anziehen. Bei AEG gab es einen neuen Kurssturz von rund 29 auf 32.

SPD. Wie wirken sich die übersetzte Kraftfahrzeugsteuer und die Subventionen, die die Benzinverbraucher an die Grosslandwirtschaft, an den Farbentrost und an die Schwerindustrie zahlen müssen, wirtschaftlich aus?

Der Reichsverband der deutschen Automobilindustrie gibt darüber eine lehrreiche und bedenkliche Aufstellung. Am 1. Juli 1932, also mitten im Hochsommer, waren über 132 000 steuerpflichtige Kraftfahrzeuge vorübergehend abgemeldet und zwar fast 64 000 Personen- und rund 21 500 Lastkraftwagen sowie beinahe 47 000 Grosskraftträger. Für den Winter rechnet der Reichsverband damit, dass insgesamt 300 000 Kraftfahrzeuge stillgelegt werden. Das bedeutet ein brachgelegtes Kapital von 450 bis 500 Millionen Mark, eine entsprechende Minderbeschäftigung im Kraftverkehrsgewerbe von etwa 168 000 Personen sowie einen Ausfall an allgemeinen und Sondersteuern von 120 Millionen Mark.

So rächt sich eine falsche Steuer- und Wirtschaftspolitik. Es wird die höchste Zeit, dass die deutsche Wirtschaftspolitik wieder zu den vernünftigen Grundsätzen einer gesunden Wirtschaft zurückkehrt.

SPD. Wie der Deutsche Städtetag mitteilt, sind am 31. August in den Städten mit über 25 000 Einwohnern (mit rund 25 Millionen Einwohnern) 1 580 000 laufend unterstützte Wohlfahrtserwerbslose gezählt worden d.h. Arbeitslose, die weder auf Arbeitslosenversicherung noch Krisenfürsorge Anspruch haben und ausschliesslich von den Gemeinden erhalten werden. Gegenüber dem Vormonat bedeutet dies eine Zunahme um 30 000 Wohlfahrtserwerbslose. Für die Gesamtheit der Gemeinden ist für Ende August mit rund 2 450 000 Wohlfahrtserwerbslosen zu rechnen. Diese Zahl ist um rund 435 000 höher als die kürzlich im Halbmonatsbericht der Reichsanstalt für Arbeitslosenversicherung und Arbeitsvermittlung bekanntgegebene Zahl der von den Arbeitsämtern anerkannten Wohlfahrtserwerbslosen (2 016 000).

Die Differenz ist darauf zurückzuführen, dass auf Grund der neuen Verordnung über die Zahlung der Wohlfahrtserwerbslosen von den Arbeitsämtern nicht mehr wie bisher sämtliche von den Gemeinden laufend unterstützte Erwerbslose gezählt werden, sondern nur solche, die bestimmte Voraussetzungen erfüllen (z.B. nur solche unter 60 Jahren, nur frühere Arbeitnehmer). Diese willkürliche Einschränkung des Personenkreises muss den Eindruck erwecken, als ob die Zahl der Wohlfahrtserwerbslosen einen Rückgang erfahren hätte. Für eine derartige Auffassung bietet jedoch das Gesamtergebnis keinen Anhalt. Die Wohlfahrtserwerbslosenzahlen sind vielmehr, in ständigem Wachstum begriffen und bilden nach wie vor für die Gemeindefinanzen eine ungeheure Gefahrenquelle.

#### Gemüsemarkt.

SPD. (Amtliche Grosshandelspreise in der Berliner Zentralmarkthalle. RM. je 50 kg einschl. Fracht, Spesen und Provision.)

Weisskohl hiesiger 50 kg 2-3, Berl. Gärtner-Ware 2-3, Wirsingkohl hiesiger 2,50-3,50, do Berl. Gärtner-Ware 3-4, Rotkohl hiesiger 2-2,75, do. Berl. Gärtner-Ware 2-2,75, Rosenkohl Ia 18-20, do. IIa 15-18, Blumenkohl je nach Grösse Ia 100 Kopf 18-22, do IIa 10-14, do. Erfurter je nach Grösse Ia 12-16, do IIIa 3-6, Mohrrüben gewaschen 50 kg 2,50-3, Rübchen 7-8, Rote Rüben 3-4, Kohlrabi Freiland Schock 0,60 bis 0,75, Rettiche je nach Grösse 2-6.

Lustlos.

(Berliner Getreidebörse vom 16. Sept.)

SPD. Die Stimmung an der Berliner Produktenbörse war am Freitag wieder recht lustlos. Das Angebot in Weizen blieb weiter klein, reichte jedoch vollkommen aus, da sich die Nachfrage der Mühlen in engsten Grenzen hielt. Die Notierungen lauteten für Weizen wie für Roggen am Promptmarkt unverändert, während sich am Markte der Zeitgeschäfte kleine Abschwächungen von ca. 1 Mark ergaben. Das Roggenangebot hatte sich in Kahn- wie in waggonverladener Ware etwas verstärkt. Da aber die Läger der Mühlen anscheinend reichlich gefüllt sind, fehlten die Käufer. Auch eine Belebung des Mehlgeschäftes liess sich nicht feststellen. Die Forderungen waren für Weizenmehl unverändert, während in Roggenmehl teilweise billigere Angebote der Provinzmühlen vorlagen. Hafer hatte stetige Tendenz. Das kleine Angebot fand zu unveränderten Preisen Aufnahme. Am Gerstenmarkt konnte sich einiges Geschäft in Futterware entwickeln.

	<u>15.9.</u>	<u>16.9.</u>
	(ab märkische Station in Mark)	
Weizen	207 - 209	207 - 209
Roggen	160 - 162	160 - 162
Braugerste	174 - 184	174 - 184
Futter- und Industrierogerste	167 - 173	167 - 173
Hafer	137 - 142	137 - 142
Weizenmehl	25,00-30,00	25,00-30,00
Roggenmehl	21,75-24,00	21,65-23,90
Weizenkleie	10,00-10,40	9,90-10,30
Roggenkleie	8,50- 8,90	8,50- 8,90

Handelsrechtliche Lieferungsgeschäfte: Weizen September 221½-221 B (Vortag 221½), Oktober 221½ bis 221 (221½), Dezember 221½-221 (221½), März 226-225 plus Brief (226½). Roggen September 172½-171½ (172½), Oktober 172-171½ (172½), Dezember 173-172½ (173½), März 175½-175 (176½), Hafer September 146 plus B (146), Dezember - (144½).

Berliner Viehmarkt.

(16. Sept.)

SPD. Der auf einigen Märkten festzustellende Druck muss wohl darauf zurückgeführt werden, dass der Fleischmarkt und der Konsum die angebotenen Mengen nur widerwillig aufnehmen. Auf dem Schweinemarkt setzten sich, bei dem nicht allzu hohen Angebot von rund 8 000 Tieren, zum Teil stärkere Preisabschwächungen durch. Dasselbe ist für den Kälbermarkt festzustellen, der allerdings reichlicher beschickt war. Am Hammelmarkt war feste Stimmung. Soweit die Zufuhren an Rindern in Frage kommen, konnte die Nachfrage nach Spitzentieren nicht ganz gedeckt werden.

Notierungen: Schweine: a. über 300 Pfund 45-46, b. 240-300 Pfund 43 (44-45), c. 200 bis 240 Pfund 40-43 (42-44), d. 160 bis 200 Pfund 36-39 (39-41), e. 120 bis 160 Pfund 34-35 (36-37), Sauen 37-39 (40-41). Schafe: a. 31-33 (30-31), b. 34-36 (33-35), c. 29-33 (27-30), d. 15-27 (14-25). Kälber: b. 45-51 (45-54), c. 35-47 (40-50), d. 23-33 (25-35). Kühe: a. 25-27 (24-26), b. 21-24 (21-24), c. 18-20 (17-20), d. 11-17 (10-16).

# Kunst und Wissen

U N T E R H A L T U N G S B E I L A G E D E S S P D

Berlin, den 16. Sept. 1932.

Der Bittsteller.<sup>x</sup>  
-----

SPD. "Du solltest ihn nicht empfangen, Arno," sagte Berta zu ihrem Manne, dem Konsul Halft. "Warum diese unnötige und peinliche Zusammenkunft? Er soll schreiben, was er wünscht., und wir werden ihm nach Möglichkeit helfen."

Der Konsul ging erregt in dem hohen Erkerzimmer auf und ab. "Nein, ich will mich hier mit ihm ein für alle Mal auseinandersetzen. Welchen Grund hätte ich, mich vor ihm zu verstecken? Wir werden einen Vertrag miteinander schliessen. Dabei soll er sehen, dass ich als Mensch an ihm handle. Nur verlange ich dann von ihm, dass er sich endgültig von mir trennt, dass er die Beziehungen zu uns für immer abbricht. Siehst Du, dazu ist doch eine persönliche Aussprache erforderlich. Ich will heute unbedingt zwischen uns reinen Tisch machen. Und dann, liebe Berta", er trat mit einer Zärtlichkeitsgeste dicht an seine Frau heran, "haben wir Ruhe vor ihm."

Die Frau stand seufzend auf. Sie war eine schöne Dreissigerin, eine stattliche Erscheinung, der Typus einer Frau, die an Luxus und reiche Verhältnisse gewöhnt ist und ohne das alles nicht leben kann. Sie hatte vor zwei Jahren, nachdem sie von ihrem ersten Manne, dem Bankier Dümmel, geschieden worden war, den Konsul Halft geheiratet. Bankier Dümmel hatte mit ihr über seine Verhältnisse gelebt, war in Geldnot geraten und machte dann betrügerischen Bankrott, der ihn für vier Jahre ins Gefängnis brachte. Der Konsul, sein Geschäftsfreund und Hauptgläubiger, bekam, was noch zu retten war: Geld, Gebäude, Kraftwagen. Und dann zuletzt noch Frau und Kind des Bankiers.

Dümmel war vor einigen Monaten aus der Haft entlassen worden. Der Konsul hatte ein Auskunftsbüro beauftragt, die weiteren Schritte Dümmels zu überwachen. Die Auskunftsteil berichtete, dass Dümmel, zweifellos mit einigen Geldmitteln versehen, auf Reisen gegangen sei. Von irgendwoher hatte er denn auch dem Konsul in den letzten Tagen brieflich mitgeteilt, dass er ihn um etwas bitten wolle und ihn deshalb aufsuchen werde.

"Was für eine Bitte wird das sein?" meinte der Konsul. "Er will natürlich Geld!"

"Vielleicht möchte er auch sein Kind sehen!" sagte Berta, "oder er hat etwas hier, woran er hängt; am Ende will er seine frühere Wohnung wieder haben!"

"Jedenfalls gebe ich ihm Geld. Damit kann er sich eine neue Existenz gründen. Ich werde ihm dreitausend Mark anbieten. Das ist doch sicher nicht kleinlich. Aber er muss sich schriftlich verpflichten, nie wieder an mich heranzutreten."

Dümmel kam pünktlich zu der Stunde, die er für seinen Besuch angegeben hatte. Berta hatte sich ihn ungefähr so vorgestellt, wie er aussah: gealtert, ungepflegt, heruntergekommen, vom Schicksal geschlagen. Aber sie erschrak nun doch bei seinem Anblick. Dass ihr das Leben und Denken dieses Mannes einst gehört hatte, war ihr nun schon fremd, vollkommen gleichgültig, und sie hatte keine Erinnerung mehr an eine innere Gemeinsamkeit.

Der Angekommene begrüßte das Ehepaar kurz; es kam zu keinem Händedruck. Dümmel ging langsam durch das grosse Zimmer und setzte sich auf einen Stuhl, der weit genug von den Beiden entfernt stand. Halft und seine Frau warteten, dass Dümmel anfangen zu sprechen. Aber der unangenehme Besucher tat den Mund nicht auf. Er schien ganz abwesend zu sein oder doch in Gedanken versunken, legte die Hände zwischen den Knien aneinander und schrumpfte in den viel zu weit gewordenen Kleidern ganz zusammen. Eine peinliche Pause entstand. Ärger-

lich über die dumme Situation, fing der Konsul dann aber doch als erster an zu sprechen: "Ich meine, wir wollen uns alle überflüssigen Phrasen sparen und direkt zur Sache kommen. Also was haben Sie auf dem Herzen?" Er sprach absichtlich in saloppem Tone, um einen Uebergang zu finden und der Begegnung das Peinliche zu nehmen.

Nach einer Weile sagte Dümmel leise, wie für sich: "Ich möchte Sie um etwas bitten!"

"Ja, das schreiben Sie mir schon in Ihrem Briefe. Nun, ich werde Ihnen behilflich sein, das schwere Wort über die Lippen zu bringen. Ich werde Ihnen eine Existenz verschaffen. Wieviel benötigen Sie?"

"Ich brauche kein Geld," sagte der Andere kurz.

Die Eheleute sahen einander erstaunt an. Im gleichen Augenblick hatten beide auch schon ein unangenehmes, fast bängliches Gefühl: was wird er denn sonst wollen? Wird er uns neue Schwierigkeiten machen? Will er das Kind? Hat er etwas erfahren, was bei uns nicht stimmt, und will er das vielleicht zu Erpressungen benutzen? - Angst benahm der Frau den Atem.

Dümmel war aufgestanden und etwas nähergetreten. Ganz Bittender, ganz Bettler; demütig und eindringlich. "Ich möchte nur meinen Hund haben. Gebt mir den Wolf!" Und dann nochmals dringend: "Gebt mir meinen Hund!"

Der Frau flimmerte es vor den Augen. Das etwa ging ihr durch den Sinn: nichts ist in seinem Herzen geblieben, kein Gedanke mehr an Weib und Kind; nur noch der Gedanke an seinen Hund. Sie brach plötzlich in hysterisches Schluchzen aus, hielt sich das Taschentuch vors Gesicht und lief hastig, ohne ein Wort zu sagen, aus dem Zimmer.

"Wo ist Wolf? Was habt ihr mit meinem Hunde gemacht?" schrie Dümmel. Besorgnis und Angst lagen in seiner Stimme.

Der Konsul stand da wie ein überführter Verbrecher. Als müsste er ein Geständnis machen, sprach er langsam und stockend: "Der Hund war krank - hatte Ausschlag und wollte nicht mehr fressen. Da liessen wir ihn erschiessen."

Dümmel starrte ihn einen Augenblick an. Dann drehte er sich um, rührte sich aber nicht vom Flecke.

Dem Andern fiel etwas ein. Er schlich sich aus dem Zimmer und suchte aus seinem Schreibtisch die Photographie hervor, die er noch von dem Hunde hatte. Dann legte er einige Hundertmarkscheine dazu und steckte alles in eine Briefhülle. Als er damit ins Zimmer zurückkam, sah er, dass der Bittsteller verschwunden war. Er ging sofort auf die Strasse hinunter, um den Mann zurückzurufen, aber er konnte ihn nirgends mehr sehen....

Erich Kundt.

### ----- Eisenbahn und Legionäre.<sup>x</sup> -----

SPD. Eine erschütternde Nachricht kommt aus Marokko: ein Zug mit 500 Fremdenlegionären ist bei Tlemcen in einen Abgrund gestürzt. Doppelt stark wirkt diese Schreckensnachricht auf den Verfasser der nachfolgenden Ausführungen, der erst vor wenigen Wochen die gleiche Strecke gefahren ist. Und sogleich wird die Landschaft wieder wach, die Menschen und der Zug. Jäh wird aus den übrigen Erinnerungen das herausgerissen, was gleichermaßen wichtig und kennzeichnend für das französische Kolonialregime in Nordafrika ist: der Eisenbahnbau und die Fremdenlegion. Beide hängen eng miteinander zusammen und bilden die Stosskraft des französischen Imperialismus.

Zuerst war die Legion da. Marschierend, kämpfend und mit ihren modernen Waffen gegen die sich verzweifelt wehrenden Eingeborenen immer weiter ins Land vordringend. Frankreich hatte schon 1898 einen Vertrag mit England abgeschlossen, nach dem ihm Marokko als Interessengebiet zustand, während England dafür

Ägypten erhielt. Bald darauf begannen die Franzosen die sogenannte "Pazifizierung" Marokkos mit Kanonen und fremden Söldnern. Es war ganz klar, dass Frankreich das grösste Interesse an diesem Lande haben musste, nachdem es das benachbarte Algerien und Tunis schon zu willfährigen Kolonien gemacht hatte. Schwieriger als die kämpfenden Eingeborenen war allerdings der Widerstand der übrigen Interessenten Europas niederzuringen. Auch Deutschland hat da eine Zeitlang seine Hände im Spiel gehabt, ohne freilich viel dabei zu gewinnen. Ebenso wurden die Spanier in die nördliche Rifzone zurückgedrängt. Nachdem so Frankreich freie Hand hatte, begann es mit Macht, sich das Land gewaltsam anzueignen. Im Jahre 1907 wurde die Grenzstadt Udschda zwischen Algerien und Marokko besetzt. Damit war der Weg ins Innere des Landes, nach den Hauptstädten Fes und Marrakesch, und schliesslich bis zum Atlantischen Ozean frei. 1912 wurde offiziell das französische Protektorat in Marokko errichtet, und seitdem geht die Entwicklung mit rasenden Schritten vorwärts. Selbst die Gebirgsstämme im Atlas wurden unterworfen, um so einen Uebergang in die nördliche Sahara zu haben. Allerdings haben dort heute noch die französischen Truppen gegen die zähen Bergbewohner zu kämpfen, die immer wieder ihre Freiheit verteidigen. Dagegen ist die nördliche Grenze während des Rifkrieges festgelegt worden, in dem Frankreich schliesslich dem von Abd el Krim bedrängten Spanien zu Hilfe eilte und dafür grosse Landstrecken erhielt.

Neben der militärischen Durchdringung begann Frankreich eine intensiv koloniale Arbeit in Marokko, die heute dem Lande ein total verändertes Aussehen gegeben hat. Nur noch in den entlegensten Gassen der Eingeborenenviertel findet man Reste der alten maurischen Kultur und die vormittelalterliche Wirtschaftsweise der Berber. Jede kleine Stadt hat ihr elegantes, europäisches Wohnviertel und Handelsniederlassungen, in denen farbige Arbeiter für die Gewinne der Weissen tätig sind. In den Hafenstädten ist diese Entwicklung vollends ins Amerikanische gesteigert. Casablanca ist in den letzten zehn Jahren zu einem Orte mit Hochhäusern, Grossgaragen und modernsten Silos geworden.

Die Grundlage für diese rasche Arbeit bildet nicht nur der agrarische Reichtum Marokkos, sondern auch seine Erz- und Phosphatlager. Die Ausnützung wurde jedoch erst durch die neuen Eisenbahnlinien und durch das grossartige Asphaltstrassennetz möglich. Nachdem Frankreich durch den Versailler Vertrag von seinen Bindungen gegenüber Deutschland, die es 1911 nach Wilhelms II. bertichtigtem "Panther"-Sprung eingegangen war, entbunden wurde, machte es sich in fieberhafter Eile an die Konstruktion eines vollkommenen Eisenbahnnetzes, das durch ganz Marokko führen sollte. Heute kann man in bequemen Schnellzügen bis nach Marrakesch am Fusse des Atlas gelangen, und auch die Querbahn von dem algerischen Hafenort Oran nach der im Mittelpunkt Marokkos gelegenen Hauptstadt Fes ist bis auf das kleine Stück Guercif-Fes fertiggestellt. Für die Eingeborenen und Soldatentransporte verkehrt auf dieser Strecke noch eine Schmalspurbahn, während die übrigen Reisenden für die 200 Kilometer, die heute noch nicht die internationale Wagenspur haben, bequeme, schnelle Reiseomnibusse benutzen, die ein höllisches Tempo fahren. Bei der Anlage ist an Mitteln nicht gespart worden. Die Bahnhöfe sind gross, sauber und in modernstem Stil erbaut. Das Wagenmaterial ist das gleiche wie in Frankreich, nur dass es für die Eingeborenen noch eine vierte Klasse gibt, die weder Glasfenster noch Sitze hat. Freilich ist der Bahnbau selbst, besonders die Brücken und Uebergänge, gerade durch die überstürzte Eile nicht so sorgfältig ausgeführt wie in Europa.

Das entsetzliche Unglück passierte nun auf einer Strecke, die besonders gefährlich ist. Die Ausläufer des mittleren Atlas reichen bei Tlemcen bis ans Mittelmeer heran, und die Bahn muss in vielen Tunnels und gewagten Schleifen das Gebirge durchqueren. Hinzu kommt, dass das Gestein dort stark verwittert und sehr bröckelig ist. Selbst im heissesten Monat August gab es dort breite Bäche und Wasserfälle. Wenn nun eine längere Regenperiode kommt, reisst das herabstürzende Wasser selbstverständlich Erdmassen und Felsbrocken mit sich

fort und kann so leicht zu einer Gefahr für die Eisenbahn werden. Ausserdem hat ein Bahnwärter ein riesiges Stück Bahnlinie zu betreuen, und so können dann derartig schwere Katastrophen entstehen wie die letzte, bei der vielleicht 200 Menschen ihr Leben eingebüsst haben: Männer, die allerdings immer eine unmittelbare Todesgefahr vor Augen gehabt haben. Jeder Legionär weiss, dass Klima und Ueberanstrengungen ihn leicht hinwegraffen können. Aber auf diese Art hoffte wohl keiner von ihnen zu sterben.

Unter den Getöteten und Verwundeten dürften über die Hälfte deutsche Landleute sein, wenn man auch bei diesem Transporte die allgemeine Prozentzahl der Fremdenlegionäre gelten lassen will. Wahrscheinlich waren es erst frisch Angeworbene, die nach der Ausbildungszeit in Algerien nun in den härteren Dienst nach Marokko versetzt werden sollten. Viele mögen dabei schon mit Gängen die Zukunft erwartet haben, die öde Hitze im Landinnern und die aufreibenden Strapazen anstrengender Märsche. Aber bei allen Legionären, die ich dort unten sprach, lebt der Wille für eine schönere Zukunft. Die Meisten hat nur die entsetzliche Not der Heimat zu Söldnern einer fremden Macht gegen halb wehrlose Eingeborene gemacht. Deshalb verdienen auch sie, die auf fremder Erde in fremdem Dienste starben, das Mitgefühl und die Trauer des ganzen deutschen Volkes. Viele Angehörige werden nun nach langer Ungewissheit die Nachricht erhalten, dass ihr Sohn oder Bruder irgendwo in Nordafrika begraben liegt.

Karl Moeller.

### Versunkene Dörfer.<sup>x</sup>

SPD. Seit fast zwei Jahren ist der Teil der Zuiderzee, wo sich ehemals südlich der mit dem Festlande heute wieder verbundenen Insel Wieringen die Wieringersee ausdehnte, eingepoldert und trockengelegt; gewaltige Pumpwerke haben das Wasser herausgesogen, und üppige Kornfelder erstrecken sich dort weithin, wo noch kurz zuvor die Wogen der See ihr Spiel trieben.

Dieses Gebiet ist zu einer Fundgrube für den Erforscher der frühmittelalterlichen Kulturen geworden; wohl hat die See hier am Ende des 13. Jahrhunderts als sie die Landkette zwischen den heutigen Provinzen Friesland und Holland durchbrach, viel vernichtet, aber doch sind an zahlreichen Stellen dieses Geländes ruinenhafte Grundrisse menschlicher Siedlungen erhalten geblieben, die durch die Auspumpung noch heute die Lage der einstigen Dörfer und die Bauart der Häuser deutlich erkennen lassen. Wahrscheinlich handelt es sich hier nicht einmal um die jüngste Kulturschicht vor der grossen Ueberströmung, die von den gierigen Sturmfluten restlos hinweggerissen wurde; was jetzt freigelegt und erforscht wurde, sind mutmasslich Reste einer weit älteren Schicht, die hier etwa am Ende der Völkerwanderung bestanden haben kann.

Die Häuserreste lassen deutlich erkennen, dass man, wie in anderen germanischen Kulturgebieten, den Wohnraum etwa einen Meter in den Grund hinein baute. Nach den vorhandenen Spuren scheint die Besiedlung ziemlich dicht gewesen zu sein. Auch Scherben wurden gefunden, die den Kulturgrad dieser an sich primitiven Bevölkerung widerspiegeln. Wahrscheinlich haben die Bewohner dem Stamme der Friesen angehört, die bis weit in das heutige Nordholland hinein wohnten. Es war eine Bevölkerung aus Fischern und Viehzüchtern, wie sie mutmasslich schon zu Cäsars Zeiten zwischen der alten Flevosee, dem Kern der späteren Zuiderzee, und der Nordsee wohnte. Noch ist das hier gefundene Material bei weitem nicht erforscht, aber es lässt deutlich erkennen, welche Fundgruben sich erst erschliessen würden, wenn das grosse Werk der Trockenlegung bedeutsamer Teile der alten Zuiderzee weiter fortgesetzt werden würde.

Der niederländische Boden ist unzweifelhaft seit den fernsten Jahrtausenden von Bevölkerungen verschiedenster Rassen bewohnt gewesen, und noch immer ist die Vorgeschichte des Landes nicht hinreichend geklärt. Den keltischen

Stämmen sind germanische Völker gefolgt, und in ihren Siedlungen haben sie ihre historischen Spuren hinterlassen, die auf dem trockengelegten Gebiete deutlicher als in anderen Teilen des Landes zu erkennen sind, Freilich wird man hier nirgends ein niederländisches Vineta oder Pompeji ausgraben können, und die neuen Dörfer, die jetzt erstehen, werden bald die Erinnerung an das Leben, das sich vor Jahrtausenden hier abspielte, in Vergessenheit geraten lassen. Dennoch ist dieser Boden historisch in einem weit tieferen Sinne; es sind Reste eines gewaltigen Kampfes zwischen dem Menschen der Vorzeit und der See, worin die weit primitivere Menschheit jener fernen Zeiten unterlag. Erst durch das grosse Werk der Trockenlegung dieser 20 000 Hektar und die Vollendung des grossen Verbindungsdeiches zwischen Nordholland und Friesland vor einigen Wochen haben Menschengestalt und Menschenhand den ungleichen Kampf wieder aufgenommen und einen Sieg davongetragen. Wieder gedeiht Korn auf dem Wieringerlande; wieder sind dort emsige Menschen rastlos tätig, um die auf diesem jungfräulichen Boden besonders reiche Ernte zu bergen. Wieder sieht die ses Land, das so lange ein Stück See war, Menschenleid und Menschenlust. Sollte auch dies nur eine Episode im Kampfe des Menschen mit den Urgewalten der Natur sein? Die Ruinen aus grauen Tagen muten den Besucher fast wie eine Mahnung an.

Otto Burgemeister (Amsterdam).

### Berliner Saisonbeginn.

SPD. Aus Berlin wird uns geschrieben: Sie öffnen alle in diesem Winter wieder ihre Pforten, die Berliner Theater. Trotz der drückenden Wirtschaftskrise finden sich noch genug Unternehmer und Geldleute, die das Geschäft - denn darum handelt es sich ja leider vorwiegend - riskieren. Mit allgemeinem Preisabbau - ob ausreichend, das muss die Folgezeit lehren - hofft man das Publikum auch weiterhin in die Theater zu bekommen. Freilich ist das Berliner Publikum gewöhnt, auch für billiges Geld sehr hochwertige Leistungen zu verlangen. In dieser Hinsicht legen sich die Theater einstweilen noch einige Schonung auf. Aber das gehört nun einmal zum programmässigen Verlauf des Berliner Saisonbeginns, genau so wie die zum Beginn der Spielzeit fällige Pleite, von der diesmal das "Kurfürstendamm-Theater" wenige Tage nach seiner Eröffnung als Kleinkunstabühne erwischt wurde.

Es gibt also einstweilen im Westen und im Zentrum nichts Neues. Die meisten Anstrengungen haben noch die Rotterschen Operettenbühnen gemacht, die sich auf die Zugkraft ihrer Stars Fritzi Massary, Gitta Alpar und Richard Tauber (als Schubert im "Dreimäderlhaus") verlassen. Karlheinz Martin hat das "Deutsche Theater" mit einer Inszenierung des im Reiche bereits bekannten Kriegsstückes "Wunder um Verdun" von dem verstorbenen Hans Chlumberg eröffnet und lässt zum Hauptmann-Jubiläum die "Rose Bernd" folgen. Dem siebzehnjährigen Gerhart Hauptmann war auch die Eröffnungsvorstellung der "Versunkenen Glocke" im "Schiller-Theater" unter der neuen Direktion Fritz Hirsch gewidmet, eines Werkes, das seinen Märchenzauber eigentlich nur auf der Freilichtbühne ganz entfalten kann. Die provinziell dürftige Aufführung unter einer unlebendigen Regie, bei der wichtige Stellen des Stückes, speziell am Schlusse, gestrichen waren, vermochte noch keinen Eindruck von der Leistungsfähigkeit dieses Ensembles zu vermitteln. Die neu komponierte musikalische Illustration von Wilhelm Gross trifft ein paar mal wirksam den Charakter der Märchenphantastik, ist im ganzen jedoch zu ausdruckslos und einförmig und enthält keine Spur von dem Stimmungsreiz einer so eigenlebendigen Bühnenmusik wie etwa der von Grieg zum "Peer Gynt".

Als weitaus wichtigstes Ereignis ist bisher die Neueröffnung der "Volks-

bühne" unter der Leitung von Heinz Hilpert zu nennen. Hilpert inszenierte den altbekannten "Revisor" von Gogol als reines, übermütiges Lustspiel, ohne Belastung mit satirischer Problematik und ohne Unterstreichung naheliegender aktueller Tendenzen. Das ergab - mit dem feinen jugendlichen Charakterkomiker Curt Bois als ungemein lebendigem Darsteller der Titelrolle - ein sicheres, von herzhafter Heiterkeit getragenes Zusammenspiel, von flottem Tempo beschwingt (das nur gelegentlich bis zur Undeutlichkeit der Sprecher überhastet war), mit wirksamer Steigerung zu den lustspielhaften Höhepunkten und mit allerlei amüsanten Regiescherzen, zumal bei den Aktschlüssen. Die Aufführung erweckte im Verein mit dem angekündigten fesselnden Spielplan für die neue Spielzeit der "Volksbühne" die günstigsten Erwartungen. Bz.

### Die Philosophie des "Als Ob".<sup>x</sup>

(Zum 80. Geburtstag Hans Vaihingers am 25. September.)

SPD. "Nur der Irrtum ist das Leben,  
Und das Wissen ist der Tod."

Dieses viel zitierte Wort Schillers, das schon dem Gymnasiasten tiefen Eindruck gemacht hatte, ist gewissermaßen, nach den eigenen Worten des heute Achtzigjährigen, die Grundlage von Hans Vaihingers Fiktionslehre, seiner weltberühmten "Philosophie des Als Ob", geworden. Was versteht der Gelehrte unter dieser Lehre, die mehr bezeichnet als nur ein philosophisches System, die ein Programm darstellt, eine eigene Weltanschauung und Lebenshaltung? Wie ist Vaihinger auf die eigentümliche Bezeichnung des "Als Ob" verfallen? - "Dieser Name", so meint Vaihinger, "erschien mir schlagender als alle anderen möglichen Namen, dasjenige auszudrücken, was ich zu sagen hatte: dass das "als Ob", dass der Schein, dass das Bewusst-Falsche eine enorme Rolle in der Wissenschaft, in der Weltanschauung und im Leben spielt. Ich wollte eine vollständige Aufzählung aller Methoden geben, in der wir absichtlich mit bewusst-falschen Vorstellungen bzw. Urteilen operieren, ich wollte das geheime Leben dieser wunderbaren Methode aufdecken, ich wollte eine vollständige Theorie, sozusagen eine Anatomie und Physiologie, bzw. eine Biologie des Als Ob geben.

Doch nicht allein um eine methodologische Untersuchung handelt es sich für den Philosophen. Wie diese ganze Untersuchung schon aus einer bestimmt gerichteten Weltanschauung herausgewachsen ist, so wächst sie sich von selbst auch wieder aus zu einem allgemeinen philosophischen System aus, das sich als "Idealistischer Positivismus" bezeichnen lässt. So ist dieser in einem ganz religiösen Milieu, in einem schwäbischen Pfarrhause geborene, im Tübinger Stift erzogene Mann, der selber einst zum Theologen bestimmt war, in ehrlicher und konsequenter Verfolgung seiner an Schiller, Herder, Darwin, Plato, Kant und Schopenhauer geschulten Weltanschauung zu einem mutigen metaphysikfeindlichen Standpunkte gekommen. Die metaphysischen Realitäten, besonders Gott und Unsterblichkeit, werden als solche geleugnet; als ethisch wertvolle Fiktionen dagegen bleiben sie von unersetzlichem Werte.

Die "Philosophie des Als Ob" ist in Wahrheit das Lebenswerk des Philosophen. In jungen Jahren begonnen, als Habilitationsschrift im Jahre 1876 unter dem Titel "Logische Untersuchungen" niedergeschrieben, ruhte das Werk nicht weniger als 35 Jahre, um erst 1911 unter dem Namen der "Philosophie des Als Ob", unter dem es siegte, in erweiterter Form im Druck zu erscheinen. Die Arbeit am ersten Entwurf war seinerzeit durch den Tod von Vaihingers Vater jäh unterbrochen worden, der den Philosophen nötigte, sich nach lohnenderer Beschäftigung umzusehen. Ein sehr günstiger Vertrag mit dem weitblickenden Stuttgarter Verleger W. Spemann für einen Kant-Kommentar kam daher wie gerufen. Damals begann jenes von Hans Vaihinger wiederholt ausgesprochene "Gesetz der Ueberwucherung des Mittels über den Zweck" sich in seinem eigenen Leben

praktisch auszuwirken: Die Beschäftigung mit dem Kant-Kommentar führte nämlich 1896 zur Begründung der Zeitschrift "Kantstudien". Das Mittel überwucherte den Zweck; der Kant-Kommentar trat zurück hinter den neuen "Kantstudien". Als man 1904 den 100.Todestag Kants beging, schien es unabwiesbare Pflicht, zur Förderung der "Kantstudien" eine Kant-Stiftung ins Leben zu rufen und zu deren Förderung wiederum die Kant-Gesellschaft. Sie nahm fortan alle Zeit, ihres Gründers in Anspruch, wurde wahrhaft zum Selbstzweck, hat dafür aber fast ebenso wie die "Philosophie des Als Ob" dazu beigetragen, den Namen ihres Begründers bekannt zu machen. Ein schweres Augenleiden, das die Sehkraft des Gelehrten stark verminderte, zwang ihn um jene Zeit, seine Vorlesungen und seminaristischen Übungen an der Universität Halle einzustellen, und führte ihn auf diesem traurigen Umwege zu seinem ursprünglichen Werke zurück.

Trotzdem der greise Forscher heute fast gänzlich erblindet ist, verfügt er doch immer über eine unvermindert frische Geisteskraft. Noch heute ist sein gastliches Haus in Halle, das niemand ohne reiche Anregung und Förderung verlässt, jungen kunst- und wissenschaftsbeflissenen Menschen aller Länder geöffnet. Noch heute diktiert der Gelehrte seiner Assistentin täglich einige Stunden aus neuen Arbeiten. Erst kürzlich ist sein Nietzsche-Buch, das einen bequemen Wegweiser durch die unwegsame Lektüre des Dichter-Philosophen darstellt in neuer, erweiterter Auflage erschienen.

Schüler und Freunde aus aller Welt haben sich zu einer wohlverdienten Ehrung Hans Vaihingers zusammengefunden: in einer von Dr. Seidel (Berlin) redigierten Festschrift anlässlich seines 80.Geburtstages, die sehr wertvolle Beiträge enthält, findet das Werk des grossen Philosophen eine dankbare und umfassende Würdigung.

Dr. Lily Herzberg.

---

SPD. Was ist Pumpernickel?<sup>x</sup> Der Ausdruck "Pumpernickel" für jenes schwarze, angenehm duftende, etwas feuchte Brot, das gewöhnlich in kleinen, dünnen Scheiben, aber auch in kleinen Brotformen verkauft wird, kommt von der lateinischen Bezeichnung "bonum paniculum" (gutes Brötchen). Der durch Akten und Chroniken festgelegte Ursprung ist dieser: Im Jahre 1450 liess der Magistrat von Osnabrück, als dort eine Hungersnot ausbrach, auf Kosten der Gemeinde Brot backen und an die Hungernden und Notleidenden verteilen. Dieses Brot erhielt den mitgeteiltenlateinischen Namen, aus dem dann der Volksmund Bonpanickel, Bompernickel und endlich Pumpernickel machte. In Osnabrück gibt es heute noch den Pernickelturm, in dem in jener Hungerszeit das Brot gebacken wurde.

---

SPD. Der Igel ein Vogelfeind.<sup>x</sup> Unser Igel, der nützliche Gartenbewohner, der so fleissig die schädlichen Mäuse und Schnecken vertilgt, soll nach einer kürzlich gemachten Beobachtung des Ornithologen Quantz auch dem Vogelraub nicht ganz abgeneigt sein. Quantz konnte nämlich einen Igel dabei überraschen, wie er einen Jungstar verspeiste, der, nach den herumliegenden Anzeichen zu urteilen, nicht das einzige Exemplar dieser Igel Mahlzeit darstellte. Daraus geht hervor, dass unser Igel unter Umständen auch der am Boden brütenden Vogelwelt gefährlich werden kann.

---